

# Der tiefe Fall des Genfer Wunderkindes

Hinter der Affäre Maudet steht mehr als die Reise nach Abu Dhabi. Sie zeigt auch das Problem, wenn ein Mann zum Parteiprogramm wird.

Doris Kleck

Die FDP Genf und Pierre Maudet: Das war eine Liebesgeschichte. Doch so gross die Liebe auch war, so kompliziert ist die Trennung. Sie gelingt nicht. Der Genfer FDP-Nationalrat Christian Lüscher forderte vor einigen Wochen seinen Kollegen öffentlich im Radio auf, endlich aus der Partei auszutreten: «Aus Liebe zur FDP, Pierre, bitte!» Es war der Morgen nach dem Scheitern des FDP-Kandidaten für den Ständerat. Lüscher machte Maudet für die Niederlage verantwortlich. Während sieben Wochen seien die Freisinnigen auf den Märkten beleidigt worden. Manchmal gar physisch angegriffen, wenn die Leute ihnen die Flyer an den Kopf geworfen haben und sagten: «Wir werden nie die FDP wählen, die Partei des Lügners.»

Der Lügner heisst Pierre Maudet. Dass er im Zusammenhang mit einer Reise nach Abu Dhabi nicht die Wahrheit sagte, hat er selbst zugegeben. Er reiste 2015 mit seiner Familie, dem Stabschef Patrick Baud-Lavigne und seinem Freund Antoine Daher in die Vereinigten Arabischen Emirate auf Einladung des Kronprinzen. Gegen Maudet läuft deswegen ein Strafverfahren wegen des Verdachts auf Vorteilsannahme. Als Staatsrat ist er teilentmachtet.

Die Geschichte zieht sich seit zwei Jahren hin. Immer wieder kommen neue Details ans Licht. Doch Maudet bleibt. Und kämpft.

## Bundesrat? Eine ausgemachte Sache

Philippe Reichen, Westschweizer Korrespondent der Tamedia-Zeitungen, zeichnet in einem neuen Buch den Fall Maudet nach. Er spricht von der grössten Politaffäre des Landes, seit dem Rücktritt von Bundesrätin Elisabeth Kopp. Reichen übertreibt nicht. Die Abu-Dhabi-Reise und mögliche Gegengeschäfte, das Lügenkonstrukt und geheime Parteikasseli sind



Pierre Maudet, ein Mann, der immerzu seine Grenzen sucht. Bild: Salvatore Di Nolfi/KEY (Genf, 15. April 2019)

schwer verdaulich. Interessant ist aber auch die Frage, wie ein Mensch derart schnell aufsteigen konnte – und so tief fallen. Reichen beschreibt Maudets Karriere detailliert: seinen Willen nach Macht und sein politisches Talent, das ihn fast in den Bundesrat führte.

Dass Maudet mal Mitglied der Landesregierung würde, das galt nicht nur in Genf als ausgemacht. «Operation Valmy» nannte der Genfer seine Kampagne, um 2017 als Nachfolger von Didier Burkhalter in den Bundesrat gewählt zu werden. Zwar unterlag Maudet dem Parteikollegen Ignazio Cassis. Grund dafür war aber nicht die Kompetenz, sondern die Herkunft. Mit seiner Kampagne setzte Maudet neue Massstäbe, wie er plante, sich präsentierte, Parlamentarier umgarnte. Maudet verkaufte sich als Mann von kreativen Lösungen, politisch nicht im Rechts-links-Schema verortbar. Den Rechten gefiel seine «Law and Order»-Politik, den Linken der Einsatz für die Legalisierung von Sans-Papiers. Perfektes Kalkül, monieren die Kritiker.

## Wie der Sicherheitsvorsteher zum Lügen anstiftete

«Ein gewöhnlicher Junge war Maudet nie», beginnt das Buch, «er richtete schon im Kindesalter sein ganzes Leben auf die Politik aus.» Maudet, das Wunderkind der Genfer Politik gründete mit 14 Jahren das Jugendparlament, war mit 21 Stadtparlamentarier, mit 31 der jüngste Stadtpräsident Genfs, und nur ein Jahr später wählte ihn das Volk in die kantonale Exekutive. Reichen beschreibt Maudet als einen Menschen, der immerzu seine Grenzen sucht, um sie zu überwinden – und der irgendwann das Gefühl bekam, sein Handlungsspielraum sei grenzenlos. Zusammen mit dem Vertrauen seiner Partei und der Medien entstand der Nährboden für seine Fehlritte.

Im Zentrum steht dabei die Reise nach Abu Dhabi. Vieles ist bekannt, doch Reichen liefert

neue Details. Und wer die Geschichte kompakt als Buch liest, dem werden die Abgründe so richtig bewusst. Wie Maudet mit seinem Stabschef und seinem Freund daher eine Lüge konstruierte und den Privatmann B. als Financier der Reise vorschob. Wie der Sicherheitsvorsteher seine Mitwisser anstiftete, die Justiz zu belügen. Wie dilettantisch das etwa. Daher tat (er erinnerte sich nicht mehr an den Namen seiner Mitarbeiterin, welche die Flugtickets entgegennahm). Und wie Maudet dennoch per SMS gratuliert: «Well done, Old Chap». Maudet, der vom Autor befragt worden ist, sagt zum Lügenkonstrukt, die Finanzierung durch B. habe man für plausibel und unverifizierbar gehalten. Ein Trugschluss.

Interessant am Buch sind auch die Detail, zur geheimen Wahlkampfkasse Maudets, aus denen er seine Mandatsbeiträge beglich und sie dennoch von seinen privaten Steuern abzog. Reichen beschreibt auch, wie das Kässeli von Maudets «Unterstützungsverein» im Februar 2018 aufgelöst und in Tranchen auf Maudets Privatkonto einbezahlt worden ist. Wirtschaftsanwalt Lüscher sagt an einer Parteiversammlung; «Wirtschaftskriminelle versuchten mit solchen Mitteln die Herkunft von Geld zu vertuschen.» Maudet wiederum spendete später die 50 000 Franken aus der aufgelösten Kasse des Unterstützungsvereins seiner Partei. Der Betrag sollte die Pflichtbeiträge für die nächsten fünf Jahre abgelden – dafür verlangte er eine Bescheinigung für die Steuern. Die FDP lehnte ab, warnte vor Problemen mit den Steuerbehörden.

Die Geschichte um die geheimen Parteikasseli steht eben auch dafür, wie der Staatsrat seine Partei sah: Die FDP war Teil von Maudet. Und nicht umgekehrt.

**Philippe Reichen**  
Pierre Maudet – sein Fall,  
Stämpfli-Verlag, 192 Seiten.

## SBB-Sparbillette: Viele Passagiere sind benachteiligt

Vor allem in Zürich und in der Ostschweiz sind vergünstigte Bahntickets Mangelware.

ÖV Die SBB fluten derzeit den Markt mit Sparbilletten. Je nach Strecke gibt es für bis zu 97 Prozent der Verbindungen ein Sparticket. Das zeigt eine Datenanalyse der «Sonntags-Zeitung». Doch nicht überall profitieren die Reisenden gleichermassen von der Rabattschlacht im öffentlichen Verkehr. Denn für Fahrten innerhalb eines Tarifverbundes werden keine Rabatte gewährt. Im Kanton Zürich und der Ostschweiz etwa, wo die grossen Verbände Z-Pass und Ostwind die Tariflandschaft prägen, sind Sparangebote Mangelware.

Es sei unbefriedigend, dass nicht alle Reisenden von den Rabatten profitierten, sagt Beat Niederhauser, der Stellvertreter des Preisüberwachers. «Es zeigt sich immer mehr, dass das Instrument der Sparangebote an seine Grenzen stösst.» Er fordert die Tarifverbände zum Handeln auf. Sie müssten Sparbillette für Fernverkehrsverbindungen innerhalb des eigenen Gebiets zulassen. Die SBB wollen das Sparticket-Angebot weiter ausbauen: Ab dem nächsten Jahr können Besitzer eines Zweite-Klasse-Generalabos zum Rabattpreis in die erste Klasse wechseln. (chm)

## Albert Rösti: «Ich habe zu spät auf den Klimatrend reagiert»

Ein selbstkritischer SVP-Präsident erklärt seine Position zum Angriff der Grünen auf einen Bundesratssitz.

**Klartext** In einem Interview mit dem «Sonntags-Blick» nimmt SVP-Präsident Albert Rösti Stellung zur Niederlage seiner Partei in den Wahlen vom Oktober. Er räumt ein, dass seine Partei im Wahlkampf Fehler gemacht habe. «Ich habe zu spät auf den Klimatrend reagiert», sagte Rösti. Er hätte schon Anfang Jahr seine Gegenposition zum «grünen Raubzug auf das Portemonnaie des Mittelstands» markieren müssen.

Kein Geheimnis macht Rösti aus seiner Abneigung gegenüber dem geplanten CO<sub>2</sub>-Gesetz – es sei kontraproduktiv.

Rösti lehnt auch die Idee von CVP-Präsident Gerhard Pfister zu einem Parteien-Gipfel für eine mögliche neue Zauberformel ab. «Ich habe mich noch nie einem Gespräch verweigert, glaube aber nicht, dass die Parteien aktuell eine bessere Lösung finden werden.» Und er kritisiert den Angriff der Grünen-Parteipräsidentin und Nationalrätin Regula Rytz auf den Tessiner Bundesratssitz von Ignazio Cassis (FDP): «Der Angriff auf die italienische Schweiz ist unverständlich. Die regionale Vertretung ist in der Verfassung festgeschrieben.» (chm)

## EVP steht hinter bilateralem Weg der Schweiz mit der EU

Die Parteileitung beschliesst die Stimmfreigabe zum erweiterten Diskriminierungsschutz.

**Delegiertenversammlung** Die EVP hat am Samstag die Parolen zu drei Eidgenössischen Vorlagen gefasst. Die Delegierten beschlossen in Weinfelden TG Stimmfreigabe zum erweiterten Diskriminierungsschutz. Die Nein-Parole gab es jeweils zur Kündigungs-Initiative der SVP und der Initiative «Mehr bezahlbare Wohnungen».

Die Nein-Parole zur Kündigungs-Initiative der SVP fasste die ausserordentliche Delegiertenversammlung der EVP mit 102 zu 3 Stimmen bei 5 Enthaltungen. Eine Annahme der Initiative würde der Schweiz laut

Parteipräsidentin Marianne Streiff die Möglichkeit verbauen, am europäischen Markt teilzunehmen und diesen mitzugestalten. Dies hätte «verheerende Folgen» für die Wirtschaft, insbesondere für den Export, die Planungssicherheit und den Marktzugang.

Zur Erweiterung der Anti-Rassismus-Strafnorm, die Lesben, Schwule und Bisexuelle vor Hass und Diskriminierung schützen soll, erteilten die EVP-Delegierten Stimmfreigabe. Das Stimmvolk befindet am 9. Februar 2020 über die Vorlage. (sda)